

SPD-Ratsfraktion Detmold, Paulinenstraße 39, 32756 Detmold

per E-Mail

Haupt- und Finanzausschuss
Herrn Frank Hilker

Detmold, 15.02.2021

Elternbeiträge auch für Februar aussetzen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.02.2021

Sehr geehrter Herr Hilker,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beantragen im Haupt- und Finanzausschuss am 18.02.2021 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Elternbeiträge für Kita, OGS, die außerunterrichtlichen Betreuungsangebote der Primarstufe (Randstundenbetreuung) und Kindertagespflege werden analog zu der im Januar erfolgten Dringlichkeitsentscheidung FB2/011/2021 auch für den Monat Februar 2021 ausgesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses an den Städte- und Gemeindebund sowie das Familienministerium NRW weiterzuleiten, verbunden mit der Forderung einer Übernahme der ausgefallenen Beträge i. H. v. 50 Prozent durch das Land NRW. Für den Fall, dass das Land die Beiträge nicht hälftig übernimmt, wird der Städte- und Gemeindebund NRW aufgefordert, eine entsprechende Konnexitätsklage zu prüfen.

Begründung:

Familien gehören neben anderen Personengruppen zu den besonders Betroffenen der Pandemie-Situation. Eltern, deren Alltag bereits von vielen Einschränkungen gekennzeichnet ist, stehen zusätzlich vor der schwierigen Aufgabe, Arbeit und Familie zu vereinbaren. Mit Beginn des zweiten „Lockdowns“ Mitte Dezember ist der Appell von Seiten des Familienministeriums ergangen, Kinder möglichst in eigener Verantwortung zu betreuen. Dieser Appell des Landes NRW ist vorerst bis zum 22. Februar verlängert worden. Im Rahmen des „eingeschränkten Regelbetriebs“ ist der überhaupt nutzbare Betreuungsumfang um jeweils zehn Stunden reduziert worden. Eltern, die diesem Appell nachkommen, nehmen dabei häufig finanzielle Einbußen, bspw. über die Nutzung von Kinderkranktagen in Kauf.

Mit der Dringlichkeitsentscheidung FB2/011/2021 sind folgerichtig für den Monat Januar 2021 die Elternbeiträge erlassen worden. Die ausgefallenen Beträge werden dabei hälftig von Land und Kommune getragen. Obwohl die oben genannten Einschränkungen noch nicht beendet sind, hat das Land NRW unverständlicherweise ohne Angabe von Gründen diese Regelung der Kostenaufteilung nicht verlängert.

Um die Detmolder Familien nicht weiter zu belasten, ist aber eine weitere Aussetzung der Beiträge für den Monat Februar angezeigt. Die Stadt Detmold als familienfreundlichste Mittelstadt in OWL muss hierbei in Vorleistung treten und damit die Verantwortung tragen, derer sich das Land NRW

entzieht. Verbunden mit einem Beschluss über die Aussetzung der Beiträge muss daher die Forderung einhergehen, die Kostenaufteilung auch hier weiter erfolgen zu lassen. Der Städte- und Gemeindebund ist aufgefordert diese Position zugunsten der Kommunen offensiv zu vertreten. Konnexität und Solidarität dürfen nicht plötzlich während der Pandemiezeiten einseitig aufgekündigt werden.

Da die Beiträge für März spätestens am 19.02.2021 gestoppt werden können, ist in der Sitzung am 18.02.2021 eine sofortige, dringende Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Friedrich
-Fraktionsvorsitzender-